



Gegen Regierung und Kapital

Handeln nach Arbeiter- Art

Arbeiterkassen in Arbeiterhand!

Angriff auf unsere Arbeitszeit - darum handeln jetzt!

Welcome in hell: Bericht einer Krankenschwester

1. Mai: Über 500 waren da: wo wart Ihr?

Lernen von dem Streik der Voith-Arbeiter in Sonthofen

Der Streik der Voith-Arbeiter in Sonthofen und sein Ende – er ist allen Arbeitern in der gleichen Lage (das sind Hunderttausende und bald Millionen) ein Lehrstück.
Lies weiter auf Seite 2



Streik bei Voith Ein Lehrstück für Alle

23. April. Punkt 10.00 Uhr legen die 500 Arbeiter, die bei Voith in Sonthofen Spezialgetriebe herstellen, die Arbeit nieder. Vier Wochen lang bleiben sie im Streik gegen die mittelständische Besitzerfamilie, die erst 2007 das Werk von sog. „Investoren“, also Spekulanten, übernahm, um nun ihrerseits mit Produktionsverlagerung ins Ausland die Gewinne hochzutreiben. Trotz hoher Umsätze und Gewinne, die in Sonthofen eingefahren werden. Gegen den Abtransport der Maschinen blockieren die Arbeiter das Werkstor, indem sie alle ihre privaten PKW davorstellen. Als eine gerichtliche einstweilige Verfügung die Blockade verbietet, wird dieser gefolgt. Vor allem aber: Das Hauptwerk in Heidenheim und die anderen 20 Standorte von Kiel bis Sachsen werden von der IGM nicht in den Streik gerufen und sie arbeiten weiter. Und wir, ob in der Klinik, bei der Post, bei Siemens, Meiller oder wo auch immer, haben auch bestenfalls zugesehen. Statt Einigkeit – Spaltung. So kam, was kommen musste: Der so kraftvoll begonnene Streik mitten in der Zeit, wo man sich angeblich nicht versammeln durfte, nicht demonstrieren durfte, gleich gar nicht streiken sollte – er wurde beendet. So blieben nur noch zahnlose Sozialplanverhandlungen, die der Schließung des Werks den Segen gaben.

In Zeiten, wo ein Sozialplan die Zeit bis zur nächsten Lohnarbeit überbrücken konnte, mag er noch der berühmte Spatz in der Hand gewesen sein. Heute aber, wo der Kapitalismus an einem Punkt angekommen ist, dass seine Ausbeutung durch den Kauf der Arbeitskraft ihm immer weniger möglich ist, sieht die Lage anders aus. Wenn weit über 10 Millionen Werkeltätige in Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit sind und damit *von uns selbst* aus unse-

Das Letzte:

20 Kinder = 1 E-Auto

Das ach so ausgewogene „Konjunkturpaket“:

300 Euro Einmalzahlung pro Kind – 6000 Euro pro E-Auto, das neu gekauft wird. Die Kinder sind unsere Zukunft – das E-Auto nicht. Jedes Geld dafür ist die Investition in die Sackgasse.

Die Mehrwertsteuer für sechs Monate gesenkt – Hosianna! Das magere Essen für den Hartz-IV-Betroffenen (Tagesatz: 4,85 €) wird in den gesamten 6 Monaten um 16 Euro und 30 Cent billiger (wenn es der Handel weitergibt) – der Käufer eines fetten SUV darf sich über 1600 Euro mehr in seinen Taschen freuen. Fällt freilich nicht auf bei den 1,2 Billionen € für die Kapitalbesitzer aus den Beschlüssen vom März. Alles bezahlt von uns.

Was nottut, unterbleibt: z.B. unentgeltlicher öffentlicher Verkehr statt das Geld verbrennen für E-Autos und Kampjets, die Schiene (bei Verbot deren Nutzung durch die Armee!) ausbauen statt noch mehr LKWs auf den Straßen durch Zuschüsse für die Logistikbranche. Den privatisierten Kliniken werden die Umsatzverluste ausgeglichen, statt endlich die Konsequenzen zu ziehen: **Daseinsvorsorge wieder in öffentliche Hand – Arbeiterkassen in Arbeiterhand.**

ren Kassen ernährt werden, wo also fast jeder vierte Lohnabhängige keinen Lohn mehr erhält, ist das Lohnsystem am Ende: Die von den Sonthofener Arbeitern organisierte Blockade der Fabrik weist uns Allen den Weg: Nicht vor der eigenen Macht erschrecken, weitermachen, die Fabrik besetzen. Eine Arbeiterregierung, die aus solchen Kämpfen einer selbstbewussten Arbeiterschaft geboren wird, die sich *auf diese enorme Kraft* außerhalb des Parlaments stützen kann, wird Schritte gehen können, die uns heute kaum vorstellbar sind. Zusammen mit der nötigen Respektlosigkeit vor dem bürgerlichen ausbeutenden Eigentum wird sie *durch uns* die erforderliche Kraft besitzen, das kapitalistische Eigentum zu erfassen und zu beschlagnehmen. Und damit als ersten Anfang die zugunsten der Kapitalisten geplünderten Sozialkassen wieder füllen und endlich denen geben, die alles Einbezahlte erarbeitet haben.

Lehren aus einem Kampf im kleinen Sonthofen, der nicht gewonnen wurde – aber uns allen unendlich mehr an Lehrstoff gebracht hat als der ewig stumme freiwillige Gang zum „sozialverträglichen“ Schlachthof.

Hedwig Krimmer, Gewerkschaftssekretärin

Jetzt haben wir es schriftlich – hier die Meldung der dpa:

BMW-Betriebsrat schließt Kündigungen nicht mehr aus

MÜNCHEN (dpa-AFX) - BMW-Betriebsratschef (BMW) Manfred Schoch schließt betriebsbedingte Kündigungen bei dem Autokonzern nicht mehr aus. Eine Betriebsvereinbarung garantiere zwar jedem Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz, „solange das Unternehmen keinen Verlust macht“, sagte Schoch in einem Podcast des Betriebsrats für die Mitarbeiter. Das gelte heute und morgen, aber: „Wie es am Jahresende aussieht, das weiß heute noch keiner.“

Die Lage sei ernst, der Absatz dürfte im laufenden Quartal drastisch sinken. Wenn es zu einem Stellenabbau bei BMW kommen würde, müsste dieser sozialverträglich laufen, betonte Schoch. Das werde der Betriebsrat mit dem Unternehmen auch vereinbaren.

Wir alle wissen: BMW ist nicht die Ausnahme, sondern mehr und mehr die Regel. Es ist höchste Zeit, unsere ureigenste Waffe einzusetzen: den Streik.

Streik für 6 Stunden – 5 Tage – voller Lohn – und das, solange die Kapitalisten uns noch brauchen. Wenn die Kündigungen geschrieben sind, ist es im einzelnen Betrieb zu spät. Deswegen sagen wir Euch in unserem Aufruf „Rote Fahnen sieht man besser“:

Die Fabriken, durch Arbeiterhand geschaffen, werden nicht Armut und Elend über das Land bringen, denn wir sind nicht eine Masse von Opfern, wenn gehandelt wird nach Arbeiter-Art. Unsere Macht besteht darin, dass wir eine Klasse sind, die es versteht, gemeinsam zu handeln.

Angriff auf unsere Arbeitszeit und damit auf unser Leben

Bereits das bisherige Arbeitszeitgesetz erlaubt den Raubbau an unserer Arbeitskraft: 10 Stunden und 45 Minuten unbezahlte „Pause“ am Tag, sechs Tage die Woche sind möglich. Die neue Arbeitszeitverordnung vom 7. April setzt noch eins drauf:

12 Stundentag für praktisch alle Lohnarbeiter

Es „darf die werktägliche Arbeitszeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf bis zu zwölf Stunden verlängert werden“. (§1 der „Verordnung zu Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz infolge der COVID-19-Epidemie“)

Verkürzung der Ruhezeit von 11 auf 9 Stunden

Es „darf die Ruhezeit ... um bis zu zwei Stunden verkürzt werden, wobei eine Mindestruhezeit von neun Stunden nicht unterschritten werden darf.“ (§2 der Verordnung)

Beides „gilt für Tätigkeiten

1. beim Herstellen, Verpacken einschließlich Abfüllen, Kommissionieren, Liefern an Unternehmer, Be- und Entladen und Einräumen von
 - a) Waren des täglichen Bedarfs,
 - b) Arzneimitteln, Medizinprodukten und weiteren apothekenüblichen Waren sowie Hilfsmitteln,
 - c) Produkten, die zur Eingrenzung, Bekämpfung und Bewältigung der COVID-19-Epidemie eingesetzt werden,
 - d) Stoffen, Materialien, Behältnissen und Verpackungsmaterialien, die zur Herstellung und zum Transport der in den Buchstaben a bis c genannten Waren, Mittel und Produkte erforderlich sind“

Samstags- und Sonntagsarbeit

„Abweichend von § 9 Absatz 1 des Arbeitszeitgesetzes dürfen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ... auch an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden.“ (§3 der Verordnung)

Die zeitliche Begrenzung der Verordnung auf 30. Juni verschleiern lediglich die Tatsache, dass diese jederzeit aus- und wieder eingesetzt werden kann. Unbemerkt. Es reicht die Unterschrift eines Arbeitsministers. Um solche Verordnungen jederzeit in Kraft setzen zu können, wurde am 27. März extra das Arbeitszeitgesetz geändert. Der neue §14 Abs. 4 besagt: Alle Bestimmungen über die Arbeitszeiten dürfen „in außergewöhnlichen Notfällen mit bundesweiten Auswirkungen“ per Verordnung aufgehoben werden. (§14 ArbZG)

Das ist aber nur der Anfang: Keine zwei Monate später schreitet der Unternehmerverband Gesamtmetall mit seinen „Vorschlägen für die 2. und 3. Phase der Coronakrise“ nach „Mehr her“: Keinerlei Beschränkung der täglichen Arbeitszeit, alle Brosamen der letzten Jahre wie z.B. die „Mütterrente“ wieder zurücknehmen, Grundrente nicht einführen, Befristungen und Leiharbeit erleichtern, Gesundheitsschutz verschlechtern usw. usf.

Die umfassende Kampfansage an uns ist unübersehbar.

Welcome in hell: Eine Krankenschwester berichtet

Eine der ersten Maßnahmen der Regierung zu Beginn der Pandemie war nicht, dafür zu sorgen, dass es in den Kliniken und anderen Gesundheitseinrichtungen genug Schutzkleidung gibt und weitere Maßnahmen für den Gesundheitsschutz, sondern die Aushebelung des Arbeitszeitgesetzes.

Also dann, wenn die Kolleg*innen durch Ansteckungsgefahr und erschwerte Arbeitsbedingungen einem erhöhten Risiko für ihre Gesundheit und die ihrer Familien ausgesetzt sind, werden seitens des Staates weitere Maßnahmen ergriffen, um uns noch mehr zu gefährden. Denn was bedeuten diese Maßnahmen: 12 Stunden unter einer FFP 3 Maske arbeiten, dann nicht einmal die gesetzliche Pause erhalten, um dann anschließend mit einer verkürzten Ruhezeit (9 Stunden minus Arbeitsweg!) wieder anzutreten.

Es ist ja nicht so, dass dies nicht schon seit Jahren gängige Praxis in den deutschen Kliniken ist – der Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz gilt schon lange als Kavaliersdelikt. Nun wird dies abgesegnet durch die Regierung.

Und was machen die sogenannten „Arbeitgeber“? Sie nutzen die Verordnung von der ersten Minute an. Ohne Not und ohne Mitbestimmung durch die Betriebsräte führen sie die 12-Stundendienste ein, versetzen Beschäftigte willkürlich in andere Abteilungen, ordnen Urlaubssperre an, verbieten alle Nebentätigkeiten, Dienstpläne werden täglich verändert, die Kolleg*innen werden auf Abruf nach Hause geschickt (also Rufdienst – nur ohne Bezahlung), verstoßen gegen Betriebsvereinbarungen. Es herrschte die reinste Willkür. Die Begründung war immer die gleiche: Covid-19. Nun ist es aber so, dass der große, von allen befürchtete Ansturm ausgeblieben ist. Es gab keinerlei Grund, die staatliche Verordnung umzusetzen. Mit dieser Verordnung haben sie einfach nur den seit Jahren bestehenden Personalmangel ausgeglichen und einfach mal ausgetestet, was so möglich ist.

Solange unsere Krankenkassengelder für Beraterfirmen, für Marketing, für die Pharmaindustrie verschwendet werden, anstatt für unsere Gesundheit, wird es sowohl für die Beschäftigten als auch für die Patient*innen weiter bergab gehen. Wir brauchen unser Geld für mehr Prävention, für eine gute flächendeckende Gesundheitsversorgung, die ganz in öffentlicher Hand ist. Wir können selbst entscheiden, was mit unserem Geld geschieht und es ist sträflich, dies irgendwelchen Lobbyisten zu überlassen. Unsere Kassen müssen in unsere Hand. Was denn sonst. **Vor allem aber muss Schluss sein damit, dass wir uns zum x-ten Mal beschweren und Ihr zum x-ten Mal im Fernsehen Euch die Doku anschaut, wie schlimm die Zustände in den Krankenhäusern sind – ohne die einzig richtige Konsequenz zu ziehen: Handeln nach Arbeiter-Art – Streik.**

Ingrid Greif, Krankenschwester



Wir sind die Münchner Abteilung der Revolutionären Front:

Wir organisieren den dringend notwendigen Zusammenschluss im Betrieb und über den einzelnen Betrieb hinaus.

Kontakt: Wirwerdensiegen@mailbox.org • Internetseite: <https://revolutionaere-front-muenchen.com/>

Der DGB sagt den 1. Mai ab. Wir nicht.

+++ München +++ Regensburg +++ Nürnberg +++ Frankfurt +++ Köln +++ Bremen +++



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den letzten Monaten waren wir sehr aktiv, haben mehrfach Flugblätter verteilt, vor Euren Betrieben und in „unserem“ Betrieb. Wir haben unsere Solidarität mit den Krankenschwestern erklärt, dies auch zum Ausdruck gebracht mit einem Transparent vor dem Klinikum Bogenhausen. Und wir haben nicht zuletzt eine Menge Geld in die Hand genommen, um das alles zu ermöglichen. Von der Zeit, die investiert wurde, möchte ich gar nicht erst anfangen. Dann müssen wir aber auch fragen:

Wo wart Ihr am 1. Mai?

Wir sind nicht zum Spaß auf die Straße gegangen. Wir haben nicht die Zeit und auch das Risiko auf uns genommen, um mit 500 Kolleginnen und Kollegen aber ohne Euch auf die Straße zu gehen. Wir haben nicht über 2000 Euro für Gerichtsverfahren, Plakate, Aufkleber, Flugblätter ausgegeben, weil wir zuviel Geld übrig haben. Wir sind genauso Arbeiter wie Ihr. Wir tun es, weil es nötig ist. Und deshalb brauchen wir auch jeden einzelnen! Wenn wir mit Euch geredet haben, haben viele von Euch zugestimmt. Aber was sind Worte ohne Taten! Also erkennt jetzt auch, wie wichtig es ist, uns zu organisieren. 500 Menschen am 1. Mai waren ein wahnsinnig tolles erstes Zeichen von uns, aber wir wissen: Das reicht nicht! Wir jedenfalls wollen, wie es in unserem Aufruf „Rote Fahnen sieht man besser“ heißt, keine Masse an Opfern sein. Und das sind wir nur dann nicht, wenn wir handeln nach Arbeiter-Art. Unsere Antwort kann nicht sein: Jeder rette seine eigene Haut, wie er kann. So mögen Kapitalisten denken und handeln, die sich alle gegenseitig Feind sind. Wir nicht. Gerade wir bei der SWM/MVG, haben einen großen Einfluss in München und wollen diesen zusammen mit Euch endlich auch nutzen. Mit kämpferischem Gruß!

**Die Trambahnfahrer bei der MVG,
die sich der Revolutionären Front in München angeschlossen haben**

